

## Parlamentarischer Abend im Holbornschen Haus



(v. l.) C. Krebs, U. Witting, S. Et-Taib, D. Henkelmann, J. Engelhardt, P. Broistedt, Dr. D. Hildebrandt

Bereits zu einer schönen Tradition geworden ist der Parlamentarische Abend unseres Vereins. Dieses jährliche Zusammentreffen konnte 2017 wieder im Holbornschen Haus stattfinden. Die Sanierungen des historischen Gebäudes sind in vorbildlicher Weise erfolgt: Das Gebäudemanagement der Stadt hat mit versierten Fachbetrieben aus der Region dafür gesorgt, dass nicht nur die geplante Bauzeit, sondern auch das Investitionskapital unterschritten wurden. Alle haben mit ihrer Erfahrung und Kompetenz dafür gesorgt, dass das **Holbornsche Haus** mit viel Feingefühl für den Erhalt der Bausubstanz und seiner historischen Elemente saniert wurde.

Wieder wurde diese jährliche Gelegenheit, bei welcher Politik, Verwaltung und unser Verein sich über aktuelle und/oder fortwährende Themen des Stadtgeschehens austauschen, rege genutzt, um über gemeinsame Handlungsfelder, Erwartungen, Planungsstände und Anregungen zu diskutieren.

Als Gäste begrüßte unser Vorstandsvorsitzender, Rechtsanwalt **Dr. Dieter Hildebrandt**, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht den Oberbürgermeister Köhler, Bürgermeisterin Behbehani, Bürgermeister Holfleisch, den Ersten Stadtrat Suermann, die Stadträtin Broistedt sowie zahlreiche Ratsmitglieder aller Fraktionen.

Da der Stadtrat neu gewählt wurde, begann der Abend mit einer Begrüßungsrunde, in welcher alle Anwesenden sich und ihre Funktionen vorstellten – nicht ohne schon einmal das eine oder andere politische Statement abzugeben. Themen des Abends waren neben „**Bezahlbarem Wohnraum**“ die **Flüchtlingwohnheime** sowie die Zukunft der **Stadthalle**.

**Tom Wedrins**, SPD-Fraktionsvorsitzender eröffnete die Runde: „Laut Gewos-Gutachten fehlen uns in Göttingen bis zum Jahre 2030 über 4.000 Wohnungen in allen Segmenten. Wir haben in den letzten vier Jahre intensiv an dem neuen

Flächennutzungsplan gearbeitet und mit größtmöglichen Potential Flächen im ganzen Stadtgebiet ausgewiesen, auf denen Wohnraum neu entstehen kann. H + G Göttingen e. V. hat mitgewirkt und regelmäßig berichtet. Voraussichtlich am 12. Mai 2017 wird der Stadtrat den neuen Flächennutzungsplan verabschieden, parallel dazu sind diverse Bebauungspläne im Entstehen. Trotz größter Bemühungen kann die Verwaltung allein es nicht schaffen, neuen Wohnraum in diesem Ausmaß zu generieren.“

**Prof. Dr. Ludwig Theuvsen**, CDU, hob hervor, dass Göttingen erfreulicherweise wieder wächst: „Wir haben viele neue Studenten und auch die älteren Mitbürger zieht es wieder in die Stadt. Bei dieser Entwicklung dürfen wir aber nicht vergessen, den Landkreis einzubeziehen. Wichtig ist es bei künftigen Bauvorhaben den Grundsatz aus unserem städtischen Leitbild zu beachten: „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“, das bedeute Verdichtung.

W. Güntzler, Prof. Dr. L. Theuvsen,  
K. Schüle-Renschuh



**Dr. Dieter Hildebrandt** hob hervor, dass Nachverdichtung auch für Vereinsmitglieder ein wichtiges Thema sei: „Nachbarschaftskonflikte wegen z. B. Schattenwurfs sind absehbar. Wir unterstützen hier vermittelnd. Im Rahmen des geltenden Baurechts muss die Verwaltung allerdings die entsprechenden Bauanträge im Stadtgebiet genehmigen.“

**Petra Broistedt**, Stadträtin und Sozialdezernentin führte aus: „Wir haben derzeit 1.400 Asylbewerber bei uns in Göttingen untergebracht und die Verwaltung hat sich für das Jahr 2017 verpflichtet, weitere 922 Asylbewerber aufzunehmen. Es sind aber weniger Menschen zu uns gekommen, als erwartet. 536 Unterkunftsplätze sind derzeit unbesetzt. Bei gleichbleibender Entwicklung rechnen wir bis zum Jahresende damit, dass 800 freie Plätze da sein werden. Zunächst werden wir die Einrichtungen schließen, in denen sich die Menschen Küchen- und Sanitäreinrichtungen teilen müssen. Dieses wird in Absprache mit allen Beteiligten geschehen. Wichtig ist dabei, gewachsene Beziehungen nicht zu kappen und die derzeitigen Bewohner dezentral in allen Stadtteilen unterzubringen.“

**Oberbürgermeister Köhler** ergänzte: „Wir haben es in Göttingen geschafft, die Unterkünfte so zu gestalten, dass diese größtenteils nachnutzungsfähig sind. Es gilt insgesamt zu bedenken, dass die Flüchtlinge mit dem Auszug aus den Wohnheimen nicht vom Markt

verschwinden, sondern sich ihre Wohnungen frei suchen können. Damit wird sich die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum weiter erhöhen. Auch die Nachzugsfrage von Angehörigen ist noch nicht gelöst und kann derzeit schwer eingeschätzt werden. Wir sollten hierbei vermeiden, Druck durch Vereinzelung der Betroffenen zu schaffen. Was die Kosten für die Schaffung von Wohnraum angeht, haben wir Gewaltiges vor uns: Bei durchschnittlichen Gestehungskosten von 200.000,00 Euro pro Wohneinheit müssen wir allein in den nächsten 10 Jahren eine Milliarde Euro aufbringen!“



U. Holefleisch, Dr. D. Sakowsky

**Uli Holefleisch**, Bündnis90/Grüne führte aus: „In den letzten fünf Jahren sind lediglich 1.208 Wohnungen entstanden. Wir müssen aufpassen, dass unsere Stadt nicht nur wohlhabenden Alten und Studenten Lebensraum bietet!“

**Gerd Nier**, GöLinke setzte sich für ein „Grundrecht auf Wohnen“ ein und forderte die Verwaltung auf, mehr Belegungsrechte in vorhandenem Wohnraum zu kaufen und kritisierte Land und Bund, da diese keine Fördermittel bereit stellen – hier sei auch die Politik gefragt.



G. Nier, H. Behbehani, F.-P. Arndt



Vorstandsvorsitzender  
Dr. D. Hildebrandt und  
Oberbürgermeister R.-D. Köhler



Dr. F. Welter-Schultes, H. O. Arnold

**Dr. Dieter Hildebrandt** griff diesen Apell sogleich auf und meinte schmunzelnd, hier müssten sich doch die beiden anwesenden Landtagskandidaten [Felicitas Oldenburg und Prof. Dr. Theuvsen, Anm. d. Red.] in der Pflicht sehen.

**H. O. Arnold**, CDU, hob hervor, wie sehr sich in den letzten 15 Jahren der Bausektor gewandelt habe: „2001 hingen uns noch die Entwicklung der Zietenerrassen und des Kieselsee-Carrés wie Mühlensteine an. Später gab es kein ausreichendes Bauland für junge Familien in Göttingen und diese zogen nach Bo-

venden und Rosdorf. Heute müssen wir den Bau neuer Wohneinheiten erheblich beschleunigen und dabei ist gründlich zu überlegen, ob wir hierfür neue Bebauungspläne brauchen, denn diese geben Rechtssicherheit. Leider hat aber die Verwaltung für die Erstellung nicht genug Kapazitäten.“

**Oberbürgermeister Köhler** fasste zusammen: „Wir haben 20 Jahre Fehlplanung in der Wohnungswirtschaft auszugleichen. Das ist keine einfache Aufgabe und dauert voraussichtlich eine Generation. Seit den 90er-Jahren wurden über 50 Prozent der Handwerksbetriebe abgebaut. Erschwerend kommt hinzu, dass die Energieeinsparverordnung 2016 uns mit ihren weiteren Vorschriften zur energetischen Sanierung ca. 200,00 Euro Baukosten mehr pro Quadratmeter beschert hat. Wir müssen alle Kräfte bündeln – die Schaffung von Wohnraum ist eine soziale Gemeinschaftsaufgabe!“

**Dr. Dieter Hildebrandt** bedankte sich bei allen Anwesenden für die Redebeiträge: „Wir werden unsere Mitglieder über die heute dargelegten Inhalte und Ziele der Stadt Göttingen informieren und anregen, über Beiträge zur Schaffung von Wohnraum im Rahmen ihrer Möglichkeiten nachzudenken. Dieses kann z. B. der Ausbau von Dachgeschossen oder die Nachverdichtung der Bebauung auf den eigenen Grundstücken sein. Künftige Bebauungsplanung werden wir – wie in den letzten 10 Jahren – regelmäßig



M. Röckendorf, T. Siepman, R. Bank

durch Teilnahme an den Fachausschüssen im Neuen Rathaus verfolgen. Und wir werden fachkundig in dem geplanten „Bündnis für Wohnen“ mitarbeiten.“

Die verschiedenen Themen wurden im Foyer bei Imbiss und Getränken noch in zahlreichen Einzelgesprächen vertieft.

set



Vorstand H + G e. V. und Ratspolitiker



Buffet im Foyer



Parlamentarische Runde